

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/9

14. Januar 1974

Der kleine Zar im Konrad-Adenauer-Haus

Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen die FDP

Seite 1 / 34 Zeilen

Klüger als die Mutterpartei

Zur Junge-Union-Entscheidung für den Atomwaffen-Sperrvertrag

Seite 2 / 36 Zeilen

Hamburg baut zukunftsorientiert

Fakten zur Planung eines neuen Stadtviertels

Von Caesar Meister

Senator und Präses der Baubehörde der Freien und Hansestadt
Hamburg

Seite 3 und 4 / 75 Zeilen

Die Lust an der Guillotine

Ist Hilfe für den Menschen nur Humanitätagedusel ?

Von Hugo Brandt MdB

Seite 5 / 39 Zeilen

Der kleine Zar im Konrad-Adenauer-Haus

Mit Zuckerbrot und Peitsche gegen die FDP

Kurt Biedenkopf, der Regent im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, hat sich der alten Zaren-Weisheit erinnert, die die dosierte Anwendung von Zuckerbrot und Peitsche empfiehlt, um die Machtpositionen des Gegners dadurch auszuhöhlen und aufzulösen, daß man ihn wechsellweise lobend umarmt und schimpfend bedroht. Das jüngste Südfunk-Interview des CDU-Generalsekretärs ist ein Abzugbildchen dieser Taktik. Prof. Biedenkopf sieht auf der einen Seite körbewise Gemeinsamkeiten zwischen CDU und FDP, wobei der eine liberaler ist als der andere, und gleichzeitig kündigt er robuste Auseinandersetzungen mit derselben FDP an, um ihr klar zu machen, daß man mit ihr, die eigentlich gar keine liberale Partei sei, erhebliche Sach- und politische Differenzen habe.

Die FDP wird sich ihrer durch solche Taktiken freilich kaum angekratzten Haut schon selber wehren. Es geht hier also gar nicht um die FDP. Es geht um die hüllenlose Herausstellung eines Chefs des CDU-Generalstabes, der, von einem enttäuschenden Parteivorsitzenden kaum bremsbar, die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit einer Politstrategie überfahren möchte, an der buchstäblich kein Stäubchen Neuigkeit oder Überraschendes zu finden ist. Eine Partei und eine Parteiführung, die glaubt, mit solchen Mittelchen eine Koalition verunsichern und deren Partnerparteien gegeneinander ausspielen zu können, muß sich schon in einer so prekären Situation befinden, daß das nicht nur sie selbst beunruhigen muß.

Auch unter Biedenkopf und unter Kohl und unter Carstens ist die CDU also weder geistig beweglicher noch politisch kreativer geworden. Dem insgesamt und in den Gliedern schwachen Triumvirat fehlt offensichtlich wie seinen Vorgängern nicht nur der Fundus, aus dem heraus sie eine wirklich brauchbare Alternativpolitik erarbeiten und dann auch praktizieren könnte. Der Dreiergruppe fehlt trotz aller verbalen Ansprüche auch die politische Phantasie und die daraus erwachsende Kraft, aus dem Begriff Opposition wirklich eine politische Aktivmacht zu formen und in Aktion zu setzen. Jede Wochenendrede bestätigt nur erneut diese Erkenntnis. Die "große Hoffnung" Biedenkopfs hatte es bisher zwar immer wieder zuwege gebracht, sich noch ein intellektuelles Imagemäntelchen gegenüber Carstens und Kohl zu bewahren. Seit der den Zaren nachempfundenen Zuckerbrot-und-Peitsche-Masche ist aber auch dieses Mäntelchen recht fadenscheinig geworden. Man kann den stündlich wachsenden Unmut in der CDU-Basis nur zu gut verstehen.

(ee/14.1.1974/ks/ee)

+ + +

Klüger als die Mutterpartei

Zur Junge-Union-Entscheidung für den Atomwaffen-Sperrvertrag

Die Junge Union, noch vor wenigen Jahren zu Recht im Rufe eines Zirkels braver Nachwuchskarrieristen für das konservative Lager hierzulande, hat seither einige bemerkenswerte Anläufe zur Emanzipation unternommen. Außer dem sehr entschiedenen Plädoyer für den Verzicht der CDU/CSU auf einen eigenen Präsidentschaftskandidaten unterbreitete sie am Wochenende der Öffentlichkeit ihren einstimmigen Beschluß für die bevorstehende Ratifizierung des Atomwaffen-Sperrvertrages. Das ist eine kluge und konsequente Entscheidung. Welche rationalen Einwände sollte es auch jetzt noch wirklich gegen dieses Vertragswerk geben?

Selbst die "erwachsene" Union weiß dergleichen nicht vorzubringen; allein, sie ist wie in allen Bereichen der Politik, in die in irgendeiner Weise der Osten mit hineinspielt, gespalten. Der JU-Vorsitzende Matthias Wissmann begründete den Standpunkt seiner Organisation mit der Feststellung, daß der Vertrag zwar nicht das "vorstellbar Beste" sei, die Hoffnung aber auf das Beste nicht die Sicht auf das "Mögliche" verbauen dürfe. Es komme vordringlich darauf an, daß die weitere Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln verhindert werde.

Zu dieser schlichten Vernunft konnte sich seine "Mutterpartei" bisher nicht durchringen. Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit ihr altes Dilemma: Sie hat es gegenüber dem Osten nie verstanden, Politik als die Kunst des Möglichen zu realisieren. Illusionen zur Maxime erhebend, gelangte sie stets über ein "jetzt nicht" und "so aber nicht" am Ende zu einem kläglichen Kneifen vor jeglicher Entscheidung. In dieser Situation befindet sie sich jetzt einmal wieder in Sachen Sperrvertrag. Dabei hätte sie hier Gelegenheit, wenigstens auf einem Teilgebiet der Entspannungspolitik wieder Tritt zu fassen.

Weder im Westen noch im Osten fände jemand Verständnis für eine Verzögerung der Ratifizierung des Vertrages durch das deutsche Parlament. Die Glaubwürdigkeit deutscher Friedenapolitik erfordert diese Zustimmung. Das muß auch der Opposition klar sein; ebenso die Tatsache, daß jede Maßnahme, die geeignet ist, das weltweite Wettrüsten zu mäßigen, Unterstützung verdient. Das jüngste Aufflammen des Nahost-Konflikts demonstriert überdies die Dringlichkeit, einen Ausverkauf an Nuklear-Waffen zu verhindern.

Man darf gespannt sein, ob die Unions-Parteien, die so gerne und so oft ihren Konkurrentinnen innere Zerstrittenheit und Handlungsunfähigkeit vorwerfen, wenigstens in dieser vergleichsweise leicht zu lösenden Frage geschlossen zu einer Entscheidung fähig sind.

(pr/14.1.1974/ks/pr)

+ + +

Hamburg baut zukunftsorientiert

Fakten zur Planung eines neuen Stadtviertels

Von Caesar Meister

Senator und Präses der Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Der außerordentliche Landesparteitag der Landesorganisation Hamburg von Anfang Januar hat dem Bau des neuen Stadtteils Billwerder-Allermöhe grundsätzlich zugestimmt und seine politische Notwendigkeit betont. 231 Delegierte stimmten für den Antrag der Antragskommission, 61 dagegen und 16 enthielten sich der Stimme. Die Forderungen und Erwartungen, die in dem Parteitagsbeschluss ausgedrückt werden, decken sich im wesentlichen mit den Zielen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Punkte des Beschlusses, die über die bisherigen Vorstellungen des Senats hinausgehen oder diese differenzieren, können nach meiner Meinung ohne Schwierigkeiten übernommen oder eingearbeitet werden.

Die politische Notwendigkeit, die der Parteitag betont hat, beruht auf folgenden Grundlagen:

1/ Die Beschlüsse des Hamburger Städtebauparteitages vom Juni 1973 haben den sozialen Wohnungsbau auch für die Zeit nach 1977 als gesellschaftspolitische Daueraufgabe gekennzeichnet.

2/ Staatliche Wohnungspolitik kann und darf nicht nur eine quantitative Aufgabe sein, sondern muß als ständige wohnreformerische Bestrebung schrittweise höhere Qualität schaffen; die Erneuerung und Aktivierung überalterter innerer Stadtgebiete setzt aber den Neubau von Wohnungen an anderer Stelle voraus; außerdem wird auch in Zukunft dauernd neuer Bedarf an Wohnungen entstehen.

3/ Hamburg kann es sich nicht leisten, tatenlos zuzusehen, wie Jahr für Jahr etwa 12.000 Bürger die Stadt verlassen, weil sie hier keine adäquate Wohnung finden; diese Abwanderung in das Umland schafft neue Probleme, weil viele Menschen ihren Arbeitsplatz noch in Hamburg haben und pendeln müssen.

4/ Es ist ein Gebot der staatlichen Vorsorge, auch für die Achtzigerjahre Flächen für den Wohnungsbau und die Ansiedlung von Gewerbe schon jetzt zu erschließen, wenn Hamburg seine Metropolfunktion behalten will.

Eine zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik kann also auch in den nächsten zehn bis 15 Jahren nicht auf den Neubau von Wohnungen verzichten. Die für den Wohnungsbau geeigneten Flächen sind in Hamburg jedoch verhältnismäßig knapp, so daß wir sehr genau rechnen müssen, wo wir wieviele Wohnungen bauen können. Die Fläche im Südosten Hamburgs weist gegenüber andere Flächen wesentliche Vorteile auf: 1/ Die Stadt ist seit mehreren Jahrzehnten Eigentümerin fast des gesamten Areals; Bodenspekulation ist also ausgeschlossen; 2/ Billwerder-Allermöhe weist eine hohe Standortgunst auf. Die Fahrzeit mit der vorhandenen S-Bahn beträgt bis in die City nur 14 Minuten und bis in den Sachsenwald, eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete Schleswig-Hol-

steins, 16 Minuten; 3/ die Abwassersammler für die Entsorgung des Gebietes müssen ohnehin gebaut werden, um die hoch belasteten bestehenden Abwassersele zu entlasten; und 4/ die Autobahn Marschenlinie, eine Bundesmaßnahme, die in Kürze begonnen wird, schafft eine gute Anbindung für den Individualverkehr.

Wir haben im letzten Jahr damit begonnen, innerstädtische Gebiete in verstärktem Maß zu erneuern. Die Problemverflechtungen in diesen Quartieren sind jedoch so groß, daß wir dafür sehr viel Zeit brauchen, weil wir keinen radikalen Kahlschlag wollen. Daraus ergibt sich, daß wir in diesen Gebieten nur sehr wenig Wohnungen bauen können, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Wenn wir nicht zusätzlich zur Aktivierung innerstädtischer Viertel ein attraktives Angebot von Wohnungen auf noch unbebauten Flächen schaffen, wird sich die Abwanderung verstärken. Das Ergebnis ist dann eine starke Überalterung im Kern der Region. Von einem solchen überalterten Kern können aber Impulse für die gesamte Region nicht mehr ausgehen. So kommt der Neubau von Wohnungen in Hamburg auch dem Umland zugute.

Wohnungsbau allein reicht aber für die Zukunft nicht aus, um die Lebenskraft Hamburgs zu erhalten und seine Stellung als Metropole zu wahren. Es muß genauso der Flächenbedarf für Gewerbe und Dienstleistungen gedeckt werden, weil auch die schönsten Wohnungen ohne ein attraktives Angebot an Arbeitsplätzen eine negative Entwicklung kaum verhindern können. Der Flächenbedarf der vergangenen Jahre wurde für den tertiären Sektor in der City-Nord gedeckt, die jetzt ausverkauft ist. Einen großen Teil des künftigen Bedarfs hoffen wir im Gewerbegebiet von Billwerder Allermöhe mit 40.000 bis 45.000 Arbeitsplätzen zu decken. Betriebe des tertiären Sektors sollen entlang der Bahnlinie im Wohngebiet angesiedelt werden. Damit werden wir zugleich auch der Forderung nach einer Mischung von Wohnungen und Arbeitsstätten gerecht.

Es ist mehrfach - auch von Sozialdemokraten - der Vorwurf erhoben worden, daß die Stadt sich mit Haut und Haaren an die "Neue Heimat" verkauft hätte. Dieser Vorwurf ist falsch. Die "Neue Heimat" wird Maßnahmeträger sein, aber auf keinen Fall die Mehrzahl der Wohnungen dort bauen. Es wird eine Vielzahl von Bauträgern geben. Weder die Planungshoheit noch andere staatliche Entscheidungen gehen auf den Maßnahmeträger über.

Ich bin sicher, daß wir mit den Maßnahmen, die wir bisher getroffen und eingeleitet haben, sowie allen Entscheidungen, die in Zukunft noch getroffen werden müssen, zu einer positiven Stadtentwicklung in Hamburg kommen werden.

(-/14.1.1974/ks/pr)

+ + +

Die Lust an der Guillotine

Ist Hilfe für den Menschen nur Humanitätsgedusel ?

Von Hugo Brandt MdB

Mit Letztern, so hoch wie Galgen, berichtete "BILD": "Kindermörder Bartsch kirchlich getraut". Was seriösen Blättern eine Meldung unter anderem wert ist, wird hier zur Sensation, zum Nervenkitzel. Noch einmal wird an die Tat - drei Jahre zurück - erinnert: "Jene Hände, mit denen er vier kleine Jungen auf furchtbare Weise umgebracht hat...". Nicht Jürgen Bartsch ist interessant, der vierfache Mörder ist es, und ein halbseitig gelähmtes Mädchen ist es, die heiraten.

Ein Mörder darf heiraten? Die Volkseele muß gekocht werden, sie muß sieden, die unglücklichen Eltern der Ermordeten müssen heran, und die zweite Schlagzeile steht schon: "Jürgen Bartsch: Hochzeitsnacht erst in 2 Jahren." Ein Sexualverbrecher darf mit einer, mit seiner Frau die Freuden des Ehebettes genießen. Und die Opfer?

Nicht Jürgen Bartsch, der zu heilende, ist interessant, nicht Bartsch, der irgendwann etwa Geheilte: der vierfache Mörder ist es. Der muß den Leuten ins Bewußtsein geklammert werden, und er wird es wieder und wieder. Man wird seine Schlagzeilen bringen, dann, wenn Bartsch einmal Urlaub aus der Haft bekommen sollte, wenn seine Frau ein Kind zur Welt bringen sollte, wenn er entlassen werden sollte.

Man wird ihn erschlagen; ihn, seine Frau, seine Familie; wird ihn erschlagen mit Schlagzeilen: Erschlagzeilen. Wer redet noch dümmlich vom Artikel 102 des Grundgesetzes, von der Todesstrafe. "BILD" hat alle längst überholt. Es wird nicht hingerichtet, es wird vernichtet. Die Gefühle werden hochgepeitscht, der Schmerz der Betroffenen wachgehalten, der Schaum des Abscheus gerührt.

Der Strafvollzug wird selber zur Strafe. Legende, daß der Vollzug Ruhe braucht; Humanitätsgedusel, daß dem Menschen geholfen werden soll - eines Tages wieder in Freiheit zu leben als ein Anderer, ein Veränderter, in vielen Fällen als ein Geheilter. Vielleicht auch Bartsch, niemand wird das heute voraussagen können. Aber auch demjenigen, der schlimmste Taten begangen hat, gehört eine Chance. Nach 15 Jahren, nach 20 Jahren, sitzt in der Zelle ein anderer als der, der gemordet hat.

Die Sühne kann sühelos, kann sinnlos werden. Die Gitterstäbe sind keine Stäbe der Gerechtigkeit mehr, ihr Stoff ist Rache. Rache, kostümiert als Gerechtigkeit, zementiert von Juristen aus Denkart eines Systems ineinanderpassender Regeln.

Aber müht Euch nur um den Strafvollzug, macht daraus etwas Sinnvolles - das Ergebnis kann ein verantwortungsloser Journalist im Nu zerstören. Seine Lust an der Schlagzeile ist die Lust an der Guillotine.

Manche meinen, die Presse habe Macht, sei sogar selbst Macht. Das mag sein. Solche Blätter aber sind keine Macht, sie sind eine Gewalttätigkeit.

(-/14.1.1974/ks/pr)